

*Rede zur Einbringung des Haushalts 2017 von Bürgermeister  
Hermann Temme*

- Folie 1 „Haushalt 2017“

Meine sehr geehrten Damen und Herren Ratsmitglieder, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, sehr geehrte Vertreter der Presse.

Ich begrüße Sie alle sehr herzlich zu unserer heutigen Einbringung des Haushaltsplans 2017.

Beginnen möchte ich meine Ausführungen mit der aktuellen Haushaltsumfrage des Städte- und Gemeindebundes.

- Folie 2 „Haushaltswirtschaftliche Lage“

Die haushaltswirtschaftliche Lage der 359 nordrhein-westfälischen Städte und Gemeinden ist unverändert kritisch.

Lediglich 49 Gemeinden können einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorweisen.

165 Gemeinden – darunter auch die Stadt Brakel - erreichen diesen nur durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage.

Bis zum Jahr 2020 erwarten 83 % der Mitgliedskommunen den vollständigen Verzehr der Ausgleichsrücklage.

Stand heute werden auch wir unsere Rücklage im Jahr 2020 nahezu aufgebraucht haben.

Konnte ich vor einem Jahr noch vor Ihnen stehen und Überschüsse für die Jahre 2017 bis 2019 in Aussicht stellen, so haben sich diese Prognosen leider nicht bestätigt.

Im Haushaltsplan 2016 bildeten die Flüchtlingskosten noch den wesentlichen Ausgabenblock.

Auch im Jahr 2017 sind es die Sozialkosten, welche den städtischen Haushalt prägen – wenn auch indirekt.

Ich möchte Ihnen nun das grundlegende Problem näherbringen.

Durch die vorhandene Umlagepraxis ist es für die Städte und Gemeinden systembedingt so, dass sie als letztes Glied in der Kette für die Defizite der Kreise sowie indirekt auch der Landschaftsverbände mit aufkommen müssen.

Genau hier liegt eine der wesentlichen Verschlechterungen im Haushalt 2017 begründet.

Der Kreis Höxter hat seit Jahren mit immensen Kostensteigerungen bei den Sozialausgaben zu kämpfen.

Die Kosten in den Bereichen der Kindertagespflege, der Jugendhilfe sowie der Hilfen für Pflegebedürftige steigen weiterhin überproportional an.

Bundesweit nahmen die Sozialausgaben im ersten Halbjahr 2016 um weitere 12,2 % zu.

Doch nicht nur die in den 4 Wänden des Kreishauses entstehenden Kosten prägen den Kreishaushalt, denn auch der Kreis Höxter ist von einer Umlageentwicklung abhängig.

So hat der Landschaftsverband Westfalen-Lippe ebenfalls mit enormen Steigerungsraten auf der Ausgabeseite zu kämpfen.

Genannt sei hier insbesondere die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen.

Die Landschaftsumlage für den Kreis Höxter erhöht sich hierdurch um 2,6 Mio. €, zusätzlich zu den eigenen Kostensteigerungen in Höhe von 3,8 Mio. €.

Dass dies nicht ohne Auswirkungen auf die Haushalte der Städte des Kreises Höxter sein wird, ist zu erwarten.

- Folie 3 „Kreisumlage“

Hat der Kreis Höxter in den letzten Jahren stets Teile seiner Ausgleichsrücklage zur Abmilderung der Kreisumlage genutzt, so ist diese nun nahezu aufgezehrt.

Somit schlägt sich das ausgewiesene Defizit nahezu vollständig auf die Kreisumlage nieder.

Für die Stadt Brakel bedeutet dies eine Steigerung von knapp 1,5 Mio. €.

Dies zeigt, dass ein eigenes, nachhaltiges Wirtschaften noch lange keine guten Ergebnisse garantiert.

Sämtliche Belastungen werden systembedingt stetig von oben nach unten weitergereicht.

Entwickeln sich die Prognosen so wie derzeit erwartet, so wird dieses Umlagesystem zwangsläufig zu einem Kollaps der Kommunalfinanzen führen.

Weiter in Frage gestellt werden muss die Wahrung des Konnexitätsprinzips.

Nach dem Abebben der Flüchtlingswelle stellt nun die Integration der Menschen in unsere Gesellschaft eine große Herausforderung dar.

Hierbei entstehen den Städten und Gemeinden Mehraufwendungen, etwa für den Ausbau der Kindertagesbetreuung, der Schulen sowie für Sprachförderprogramme.

Diese Auswirkungen zeigen sich im Haushalt 2017 bereits durch einen deutlichen Anstieg der VHS-Umlage, bedingt unter anderem durch eine Erweiterung des Kursangebotes für Integrationsmaßnahmen.

Die Bundesregierung hat diesen Mehraufwand erkannt und 2 Milliarden Euro zur Bewältigung der Integrationsaufgaben zur Verfügung gestellt.

Diese gehen allerdings direkt an die Bundesländer, auf Nordrhein-Westfalen entfallen rund 434 Mio. €.

Sind es am Ende die Kommunen, welche die Hauptlast der Integrationsbemühungen zu schultern haben, so erscheint eine Weiterleitung dieser Mittel nur logisch und gerecht.

Leider missachtet die Landesregierung diese Tatsache und hat bereits verlauten lassen, diese Mittel in voller Höhe dem Landeshaushalt zufließen zu lassen.

Die Städte und Gemeinden in NRW werden also wieder einmal im Regen stehen gelassen und das Konnexitätsprinzip missachtet.

Dabei darf die Umsetzung des „Zukunftsthemas Integration“ niemals von der Kassenlage der einzelnen Kommunen abhängig gemacht werden.

Die Forderung der kommunalen Spitzenverbände nach einer Integrationspauschale sollte somit mit Nachdruck bekräftigt werden.

Ein weiteres, jährlich wiederkehrendes Thema ist die Zuweisung der Schlüsselzuweisungen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz.

- Folie 4 „Schlüsselzuweisungen“

Wie allgemein bekannt, richten sich diese unter anderem nach dem Steueraufkommen der jeweiligen Gemeinde im sogenannten Erhebungszeitraum.

Zu diesem zählt für das Haushaltsjahr 2017 auch das erste Halbjahr 2016 – ein Zeitraum, in dem die Steuereinnahmen deutlich höher ausfielen, als erwartet.

Wie sie der Grafik entnehmen können, wirkt sich die positive wirtschaftliche Situation im Folgejahr negativ auf die Zuweisung aus.

Hier ist es das System des Finanzausgleichs welches verhindert, dass wirtschaftlich gesunde Kommunen ohne Einbußen von ihrer Stärke profitieren können.

Dementgegen werden die kreisfreien Städte weiterhin nur aufgrund ihrer Größe bei der Mittelverteilung bevorzugt.

Auch hier bedarf es einer Reform, um die Benachteiligung des ländlichen Raumes nachhaltig zu beenden.

Mit den Themen „Kreisumlage“ und „Schlüsselzuweisungen“ haben wir nun zwei Punkte abgearbeitet, welche den städtischen Haushalt im Vergleich zum Vorjahr um knapp 3 Mio. € verschlechtern.

Man sieht also, wie schwer eine nachhaltige Konsolidierung umzusetzen ist, wenn jegliche Bemühungen dermaßen von außerhalb torpediert werden.

Nur durch Sparmaßnahmen ist diesen Entwicklungen nicht beizukommen.

Nach all der Kritik sollten wir aber auch die positiven Aspekte nicht vergessen.

Denn es gibt durchaus auch Unterstützung durch Bundes- und Landesregierung, ohne welche der Schuh an einigen weiteren Stellen drücken würde.

Durch die ab 2017 gültige Pro-Kopf-Abrechnung bei der Flüchtlingskosten-Erstattung ergibt sich eine nahezu vollständige Kostendeckung.

Durch eine monatliche Nachsteuerung wird das finanzielle Risiko für die Kommunen deutlich reduziert.

Das von der Bundesregierung ins Leben gerufene Kommunal-Investitions-Förderungsgesetz unterstützt die Kommunen bei der Umsetzung energetischer Maßnahmen.

Die Stadt Brakel erhält hieraus rund 530.000 € und lässt sich in 2017 die energetische Sanierung des Hallenbades mit 90 % bezuschussen.

Ganz aktuell ist eine Kooperation von Landesregierung und NRW-Bank, welche im Rahmen des Programms „Gute Schule 2020“ kostenlose Kredite für schulische Investitionen zur Verfügung stellt.

Das Land übernimmt die Tilgung der Kredite, so dass die Kommunen die Mittel de facto „geschenkt“ bekommen.

Die Stadt Brakel hat die Möglichkeit, jährlich 286.000 € aus diesem Programm abzurufen.

Aus diesem Topf soll das benötigte Lehrerzimmer an der Gemeinschafts-Grundschule sowie Baumaßnahmen an der Gesamtschule finanziert werden.

· Folie 5 „Investitionen“

Der Haushaltsplan weist Investitionen in Höhe von insgesamt **6,9 Mio. Euro** aus.

Im Kernhaushalt sind **2,2 Mio. Euro** für den Erwerb von Grundstücken vorgesehen sowie für Investitionen in den Hochwasserschutz und in die Ausrüstung der Feuerwehr.

**290.000 €** an Investitionen fließen in die Weiterentwicklung der schulischen Infrastruktur.

Auch in unseren Eigenbetrieben stehen einige Investitionen auf der Agenda.

Der Umbau des ehemaligen Haus Gaentzsch zur Verwaltungsnebenstelle soll ebenso vorangetrieben werden wie die Sanierung des historischen Stadtkerns.

Beide Maßnahmen werden mit **60 %** bezuschusst.

Im Bereich der Wasserversorgung soll die Planung für den Bau eines neuen Hochbehälters in Brakel vorangetrieben werden.

Der alte Hochbehälter stellt das Herzstück der Versorgung der Kernstadt dar und weist derzeit nur 50 % der nachweislich benötigten Versorgungsmenge aus.

Aufgrund der angespannten Haushaltslage sinkt das Investitionsvolumen im Vergleich zum Vorjahr um 3,2 Mio. €.

- Folie 6 „Verschuldung“

Zur Finanzierung dieser Maßnahmen sind im Haushalt etwa 1,7 Mio. € an Kreditaufnahmen veranschlagt.

Ob diese überhaupt in Anspruch genommen werden müssen, wird der Haushaltsvollzug zeigen.

Musste im laufenden Jahr ein Investitionskredit in Höhe von 1 Mio. € zur Finanzierung des Hochbehälters Gehrden aufgenommen werden, so konnte ein Liquiditätskredit in gleicher Höhe getilgt werden.

Die Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer wurden also zur weiteren Entschuldung eingesetzt.

- Folie 7 „Verschuldung NRW“

Im NRW-Vergleich liegt die Stadt Brakel bei der Verschuldung trotzdem noch im unteren Bereich.

Der Verlauf eines Haushaltsjahres hält so manche Überraschung bereit.

Manche positiv, manche negativ.

Die Veranschlagung der Fremdmittel gibt uns die Chance, bei Bedarf reagieren zu können und ist für eine solide Finanzplanung unerlässlich.

Vorschlägen wollen auch die Anpassung des Hebesatzes der Grundsteuer A.

Dieser ist seit dem Jahr 1992 unverändert, einer ziemlich langen Zeit also.

Die wachsende Beanspruchung der Wirtschaftswege erfordert einen Mehreinsatz an Haushaltsmitteln.

Die Mehreinnahmen aus der Anpassung des Hebesatzes sollen komplett in die Unterhaltung der Wirtschaftswege fließen und werden somit zielgerichtet reinvestiert.

Meine Damen und Herren,

das Haushaltsjahr 2017 kann sicherlich als Herausforderung bezeichnet werden.

Es ist und bleibt erschreckend, wie schwer es für die Städte und Gemeinden ist, trotz sprudelnder Steuereinnahmen einen

ausgeglichene Haushalt zu präsentieren.

Die Fakten, die uns in diese prekäre Lage bringen, habe ich bereits ausführlich dargestellt.

Es bleibt uns nur, wieder und wieder die mangelnde Gerechtigkeit bei der Verteilung öffentlicher Mittel anzumahnen auf eine Aufnahme der vorgebrachten Kritik zu hoffen.

Gleichwohl bedarf es aber auch weiterhin des Einsatzes aus Politik und Verwaltung, um die vielfältigen Aufgaben vor Ort zu bewältigen um trotz aller Widrigkeiten die Zukunft der Stadt Brakel weiterhin positiv zu prägen.

Ich hoffe auf eine gute Zusammenarbeit und einen guten Verlauf der Haushaltsberatungen im Sinne des Wohles der Stadt Brakel.

· Folie 8 „Vielen Dank...“

Vielen Dank für Aufmerksamkeit.

